

Transgene Soja in Brasilien: Die Polemik geht weiter

Beigesteuert von Antônio Ignácio Andrioli
Monday, 2. June 2003

Der Autor ist Doktorand der Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück

Eine der wichtigsten Auseinandersetzungen in der neuen brasilianischen Regierung ist sicherlich die Polemik über die gentechnisch veränderte Soja.

Da die transgene Sojaproduktion sich in den letzten Jahren sehr ausweitete und Soja das am meisten exportierte Produkt Brasiliens sein wird, wurde die Lula Regierung vor dieser Ernte von den GroßgrundbesitzerInnen sehr unter Druck gesetzt. Bisher ist der Verkauf und Anbau transgener Soja verboten gewesen, aber die vorherige Regierung hatte die Situation absichtlich nicht kontrolliert und sogar verteidigt. Fast alternativlos, hat die aktuelle Regierung für dieses Jahr den Verkauf genmodifizierter Soja ausnahmsweise erlaubt, unter der Bedingung, dass im nächsten Jahr die BäuerInnen sich verpflichten, keine gentechnisch veränderte Soja mehr anzupflanzen. Die Diskussion ist jedoch nicht beendet, da der Verkauf dieser Ernte noch nicht sicher ist und ab April nächsten Jahres der Verkauf wieder verboten sein wird. Andererseits haben transgene Soja produzierende BäuerInnen schon geäußert, sie würden weiter gegen das Gesetz verstoßen und dafür sorgen, dass das Parlament die Sache zu ihren Gunsten erledigt. Um was handelt es sich eigentlich und warum sind viele BäuerInnen von der Werbung der Anbieter so überzeugt?

Die transgene Soja enthält ein Gen, das sie vor den schädlichen Wirkungen des Herbizides Roundup (Monsantos kommerzielle Marke des Stoffes Glyphosat) schützt, das als Totalherbizid (das alle Pflanzen vernichtet, außer den genmodifizierten) wirkt. Damit wird es möglich, während der Wachstumsphase der Soja, Roundup einzusetzen, da lediglich die sogenannten Unkräuter, jedoch nicht die Sojen absterben. Die "Roundup Ready" Soja (kommerzielle Marke der gentechnisch veränderten Soja von Monsanto) ist auf keinen Fall produktiver als die konventionelle, denn sie hat, abgesehen von der Herbizidtoleranz, keine anderen Eigenschaften, die sie von den konventionellen Sojen unterscheiden. Der Vorteil nach Darstellung der GroßgrundbesitzerInnen, wäre die Reduzierung der Herbizidmengen, deren Verringerung zu Einsparungen beim Herbizideinsatz führen könnte, was die Betriebskosten vermindern könnte.

Die Logik dieser Technologie ist die gleiche der konventionellen Sojaproduktion, denn sie basiert auf Herbizideinsatz und einer zunehmenden Abhängigkeit von Anbieterunternehmen, die damit doppelt profitieren: einmal mit dem Saatgut und zum anderen mit dem Herbizid. Die Auswirkungen des Herbizids Glyphosat stehen dabei überhaupt nicht zur Debatte. Die VertreterInnen der Anbieterunternehmen sagen sogar, es handele sich um ein "Medikament", das Tiere und Menschen nicht schädige und sich im Boden in andere, nicht toxische Stoffe verwandeln würde. Das trifft aber nicht zu. Glyphosat ist ein chemischer Stoff, der aus dem im Vietnamkrieg eingesetzten Agent Orange entwickelt wurde. Seine Auswirkungen in Vietnam sind heute noch sichtbar. Anfang der 90er Jahre wurde festgestellt, dass Glyphosat sich mit den Nitraten im Boden verbinden und dadurch einen neuen Stoff entwickeln kann: Nitroglyphosat, das im Verdacht ist, Leberkrebs zu verursachen. Die Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt werden immer wahrscheinlicher, da die meisten Flüsse, Wasserquellen und Böden zunehmend mit Glyphosat verschmutzt werden. Außerdem führte die Gentechnik dazu, dass bei den herbizidtoleranten Sojen das Herbizid während der Wachstumsphase auf die Pflanzen gespritzt wird, wodurch die Pflanzen Giftrückstände enthalten und sie auf die Körner übertragen können. Deshalb stellte der europäische Markt bisher die wichtigste Grenze für die Ausbreitung der transgenen Soja dar. Die Sojaproduktion ist auf Export angewiesen und wenn die VerbraucherInnen sich gegen Transgene wehren, sollte es auch uninteressant sein, sie zu produzieren.

Es ist wichtig zu sehen, wie die GroßgrundbesitzerInnen zur Zeit mit der Frage der Legalität umgehen, da sie sich doch immer auf die Gesetze stützen, um Landbesetzungen der Landlosen zu verhindern. Jetzt verstoßen sie gegen die Gesetze und verhindern bewaffnet, dass die Regierung ihre illegalen Plantagen untersucht.

Es geht letztlich um die Interessen der AnbieterInnen von Saatgut und Herbiziden, die PolitikerInnen, Medien und BäuerInnen beeinflussen. Die BäuerInnen werden mit den gleichen Argumenten wie bei der Einführung von Giften in der Landwirtschaft überzeugt. Die Unkrautbekämpfung soll dadurch einfacher, besser, weniger arbeitsintensiv und billiger werden.

Aber wenn die herbizidresistente Soja das ermöglicht, warum hören immer mehr BäuerInnen in den USA, dem ursprünglichen Land der transgenen Soja, damit auf?

Die Erklärung dafür ist, dass die US-amerikanischen BäuerInnen sich für die besseren Preise der konventionellen Soja interessieren und bei der herbizidtoleranten Soja nicht mehr mit der Unkrautbekämpfung zurecht kommen. Im Laufe der Zeit mussten sie zunehmende Mengen von Herbiziden einsetzen, denn das Unkraut wurde immer resistenter gegenüber Glyphosat. Die zunehmenden Kosten von Saatgut und Herbiziden führten dazu, dass es sich nicht mehr lohnte, transgene Soja zu produzieren.

In Brasilien führte der illegale transgene Sojaanbau auch dazu, dass bisher unbekannte Krankheiten und verbotene Gifte in der Landwirtschaft zu finden sind, da Saatgut und Gifte aus dem Ausland eingeschmuggelt wurden. Und es wird noch

gravierender wenn die BäuerInnen durch den illegalen Verkauf von den SchmugglerInnen und Zwischen-händlerInnen mit falschen Produkten und überholten Preisen betrogen werden. Andererseits unterstützen manche BäuerInnen solche HändlerInnen, die verbotene Produkte in Bauernhöfe verlagern, so dass es schwieriger wird, den Verkauf zu kontrollieren. Die Regierung hat wenig Macht in solcher Situation. Im Parlament herrscht die Lobby der GroßgrundbesitzerInnen in dieser Frage und die öffentliche Meinung wird stets durch die konservativen Medien von den angeblichen Vorteilen der transgenen Soja überzeugt. Eine Gegenbewegung wird von den Landlosen, KleinbäuerInnen, Gewerkschaften und NGOS durchgeführt, aber die Organisation der brasilianischen VerbraucherInnen ist noch zu schwach, so dass die am meisten Betroffenen kaum an der Debatte beteiligt sind.

Die brasilianische Regierung hat die Kredite, Unterstützungen und Steuervorteile für die im nächsten Jahr transgene Soja produzierenden BäuerInnen eingeschränkt. Wenn der Verkauf dieser Ernte nicht zu verhindern war, wird die Orientierung der landwirtschaftlichen Programme in eine neue Richtung eine wichtige Rolle zur Veränderung der Problematik spielen. Abzuwarten bleibt auch, ob die ausländischen VerbraucherInnen sich weiter gegen die transgene Soja positionieren.